

KURZ GEMELDET

Daimler ruft zurück

Der Autobauer Daimler muss von seiner neuen C-Klasse allein in Deutschland 28 500 Fahrzeuge zurückrufen. Grund ist ein möglicherweise ausgebliebener Montageschritt, der die Lenkung beeinflussen könnte. Das sagte ein Daimler-Sprecher. Es handelt sich bei dem Rückruf um die neue Generation der C-Klasse. Möglicherweise sei die sogenannte Lenkungskupplung bei der Montage nicht verriegelt worden. *dpa*

Rentenrücklage schmilzt

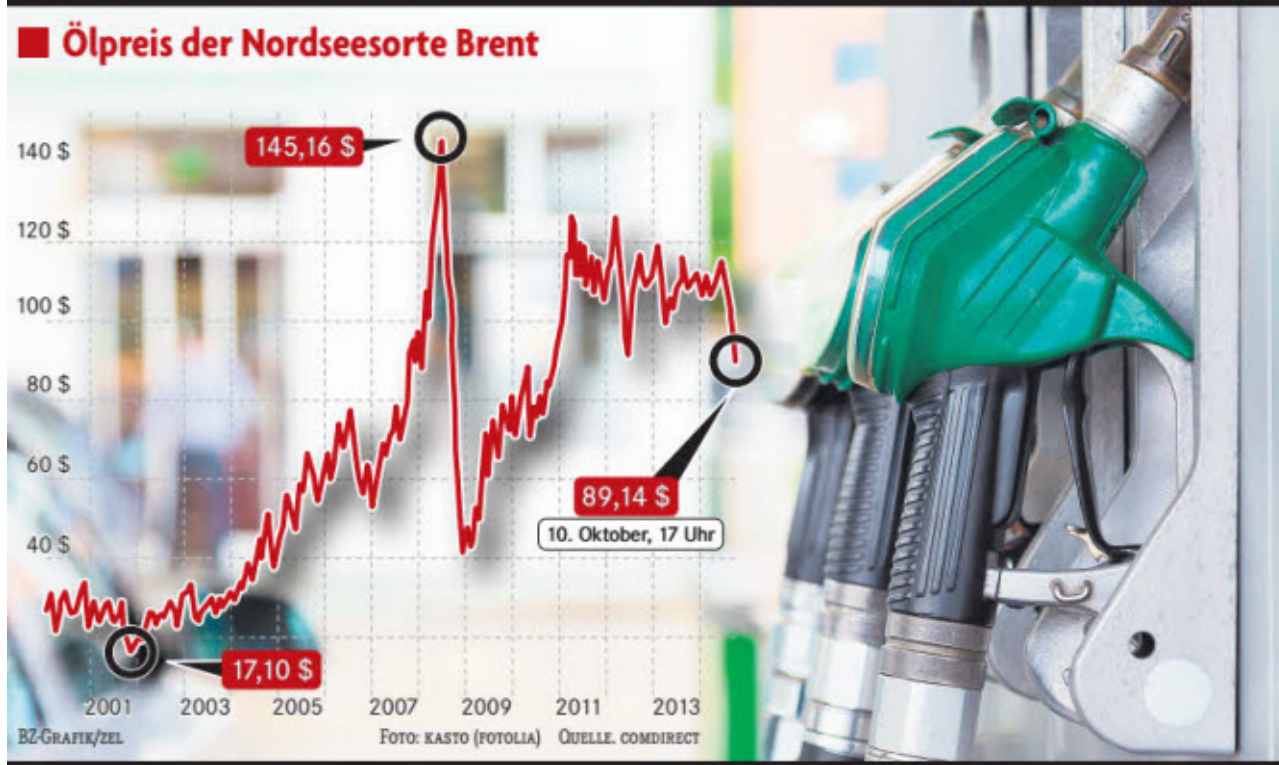
Die Rentenerhöhung zum 1. Juli und die Zahlungen der höheren Mütterrente haben das Finanzpolster der Rentenkasse weiter schmelzen lassen. Die Rücklage ging von 33,7 Milliarden Euro Ende August auf 32,4 Milliarden Euro Ende September zurück, wie die Deutsche Rentenversicherung Bund mitteilte. Ende August hatte die Rentenversicherung erstmals seit Monaten einen Rückgang bei der Rücklage verzeichnet. Bis Ende September seien bei der Deutschen Rentenversicherung zudem insgesamt rund 13 700 Anträge auf die neue abschlagsfreie Rente ab 63 Jahre gestellt worden. Ende August seien es rund 109 000 gewesen. *dpa*

Metaller sondieren

Vor dem Start der Metalltarifrunde haben die Gewerkschaft IG Metall und der Arbeitgeberverband Südwestmetall Gespräche zur Altersteilzeit aufgenommen. Hintergrund ist die Einführung der Rente mit 63, infolgedessen die bislang bestehende Regelung angepasst werden muss, wie der Bezirksleiter der IG Metall, Roman Zitzelsberger, am Freitag in Stuttgart mitteilte. Beide Seiten seien an der Fortführung der Altersteilzeit interessiert, das sei grundsätzlich positiv. „Allerdings liegen unsere Vorstellungen über die Ausgestaltung weit auseinander.“ Südwestmetall-Chef Stefan Wolf hält einen generellen Anspruch auf einen gleitenden Übergang in die Rente nicht mehr für zeitgemäß. Sie sollte sich demnach verstärkt auf diejenigen konzentrieren, die im Alter wirklich nicht mehr arbeiten könnten. Mitte Januar beginnen im Südwesten die Tarifgespräche für die rund 800 000 Beschäftigten. *dpa*

Daimler mit Chinesen

Der Autobauer Daimler will seine Position in China mit einem neuen Milliardenvertrag festigen. Die Stuttgarter und ihr chinesischer Partner Beijing Automotive (BAIC) haben eine Vereinbarung zum Ausbau der Kompakwagenfertigung im Gemeinschaftsunternehmen Beijing Benz (BBAC) unterschrieben. Eine Milliarde Euro soll in die lokale Produktion weiterer Kompaktmodelle fließen. Hintergrund war ein Treffen von Chinas Premierminister Li Keqiang mit Kanzlerin Angela Merkel (CDU) in Berlin. *dpa*



Billigöl erfreut Autofahrer

Die schwache Weltwirtschaft und rekordhohe Produktion sorgen für tiefsten Erdölpreis seit 2010

VON UNSEREM MITARBEITER CHRISTIAN MIHATSCH UND DPA

LONDON/BANGKOK. Es ist eine gute Nachricht für Autofahrer: Trotz der Krisen in mehreren wichtigen Produktionsregionen ist Erdöl billig wie lange nicht. Der Preis für ein mit 159 Liter befülltes Fass der Nordseesorte Brent sank am Freitag auf den tiefsten Stand seit vier Jahren (siehe Grafik). Das bringt Ölkonzerne und Länder wie Iran und Russland in Schwierigkeiten.

Seit Sommer ist der Preis für Rohöl regelrecht abgestürzt. Das hat zwei Gründe. Zum einen läuft die Wirtschaft in weiten Teilen der Welt schlechter als zuletzt und auch die Aussichten haben sich eingetrübt. Dazu gehören Europa, China, Japan, Brasilien und Russland. Zum anderen ist die Ölproduktion in vielen Ländern rekordhaft hoch. Die USA haben im September 8,9 Millionen Fass pro Tag produziert – so viel wie zuletzt vor 28 Jahren. Russland produziert nahe seinem Rekord und auch viele Länder der Opec pumpen so viel Öl aus dem Boden, wie sie können. Saudi-Arabien zum Beispiel hat Anfang Oktober seine Preise für alle Kun-

den reduziert, um seinen Marktanteil auf dem Ölmarkt zu verteidigen. Das Wirtschaftsblatt *Economist* schreibt dazu: „Die meisten Opec-Länder befinden sich in einem Preiskrieg.“ Wegen des großen Angebots an Öl treiben die vielen schlechten Nachrichten aus Ölförderländern den Preis nicht – weder die Kriege in Irak und in Syrien, auch nicht das Durcheinander in Libyen, der Ausbruch von Ebola in Westafrika oder die Geländegewinne von Boko Haram in Nigeria.

Angesichts sinkender Rohölpreise können die Autofahrer in Deutschland auf günstigere Benzin- und Dieselpreise hoffen und auch Heizöl könnte preiswerter werden. „Wir haben einen rückläufigen Trend, der ist klar erkennbar“, sagte der ADAC-Kraftstoffmarktexperte Jürgen Albrecht. In den vergangenen 30 Tagen seien die Durchschnittspreise für Benzin bereits um gut zwei Cent und für Diesel um drei Cent gesunken. Allerdings sollten die Verbraucher auch nicht zu große Erwartungen haben, was die Preisentwicklung angeht. Denn die Auswirkungen des Rohölpreisverfalls werden teilweise durch den schwachen Euro wieder aufgehoben, wie der Mineralölwirtschaftsverband erklärt. Schließlich wird Rohöl nach wie vor

in Dollar gehandelt. Außerdem sind große Kostenblöcke wie die Mineralölsteuer oder die Raffineriekosten unabhängig von der Rohölpreisentwicklung. „Eine Halbierung des Rohölpreises würde deshalb auch nicht die Halbierung des Benzinpreises bedeuten“, so der ADAC-Experte.

Derweil wird für den Iran und Russland die Lage brenzlich. Beide brauchen laut Experten einen Ölpreis von mehr als 100 Dollar pro Fass, um ihre Staatshaushalte auszugleichen. Dramatische Folgen hat der niedrige Ölpreis für die sieben großen Ölkonzerne Shell, BP, Exxon, Chevron, Total, Eni und Statoil. Laut der US-Bank Morgan Stanley haben sie zusammen im vergangenen Jahr 55 Milliarden Dollar Verlust gemacht, zum größten Teil wegen großzügiger Dividenden an ihre Aktionäre in Höhe von 53 Milliarden Dollar. Sie werden eher ihre Investitionen drosseln als die Dividenden senken. Laut der Beratungsfirma EY laufen Investitionsprojekte mit einem Volumen von 1 100 Milliarden Dollar. Knapp die Hälfte davon lohnt sich nur, wenn der Ölpreis über 120 Dollar liegt, schätzt das Beratungsunternehmen Douglas Westwood. Viele neue Projekte wie in der Arktis oder der Tiefsee sind technisch anspruchsvoll und daher teuer.

Deutschland soll das Sparen lassen

Bundesbankchef Weidmann und Finanzminister Schäuble erwehren sich in Washington Kritik

VON UNSEREM KORRESPONDENTEN ROLF ÖBERTREIS

WASHINGTON. Deutschland steht bei der Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) sowie dem Treffen der G-20-Finanzminister und Notenbankpräsidenten in Washington in der Kritik. Nach Ansicht von IWF-Chefin Christine Lagarde soll Europas stärkste Volkswirtschaft mehr investieren, um die schwache Konjunktur in Euroland in Schwung zu bringen. Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) und Bundesbankchef Jens Weidmann lehnen mehr Investitionen zwar nicht grundsätzlich ab, wohl aber Investitionen auf Pump. Weidmann warnte vor „konjunkturpolitischen Strohpfeuern“. Schäuble betonte, Deutschland werde seinen erfolgreichen stabilitätspolitischen Kurs nicht aufweichen.

In Washington stehen angesichts der schwachen Konjunktur in Europa und des verhaltenen Ausblicks für die Weltwirtschaft zwei Auffassungen gegenüber. Die eine Seite, vertreten von Lagarde sowie den Abgesandten Frankreichs und Italiens, fordern mehr Investitionen, um die Wirtschaft anzukurbeln, notfalls mit Schulden finanziert. Auf der anderen Seite stehen vor allem Schäuble und Weidmann. Beide lehnen zwar höhere Investitionen nicht generell ab. „Aber nicht die

Summe ist entscheidend, sondern ob die Projekte Sinn machen“, sagte Schäuble. Was an baureifen Projekten auf dem Tisch liege, werde finanziert. Gleichwohl plädieren er und Weidmann für eine weitere Konsolidierung der Haushalte und weniger neue Schulden. Länder mit niedrigeren Schulden seien schließlich besser durch die Krise gekommen als die anderen. Schäuble betonte, Deutschland werde daran festhalten.

IWF und Weltbank: Es braucht ein Investitionsprogramm

Indirekt kritisierte Schäuble die Europäische Zentralbank (EZB). Wer glaube, dass bei Investitionen die Finanzierung der Engpass sei, „hat irgendwas nicht verstanden“. Die EZB versucht die Banken dazu zu bringen, mehr Kredite auszureichen. Laut Schäuble mangelt es aber vor allem an Vertrauen bei möglichen Kreditnehmern – wegen der Krisen in der Ukraine, in Nahost und wegen Ebola.

Weidmann räumte ein, dass die Konjunktur in Deutschland schwächer laufe als von der Bundesbank bislang erwartet. Er kündigte an, die Wachstumsprognose zu senken. Trotz des jüngsten Einbruchs der Auftragseingänge und der Produktion befinde sich die deutsche Wirtschaft aber noch in einer guten Lage. „Wir reden nicht darüber, dass die Konjunktur ein-

bricht, sondern dass sich die Wirtschaft weiter abschwächt“, betonte er. Deutschland brauche keine Konjunkturprogramme. „Da läuft eine schiefe Debatte.“

Weidmann äußerte den Zweifel, dass Konjunkturprogramme den Eurokrisenländern nützen würden. Er sei zudem skeptisch, dass die Nachfrage tatsächlich durch öffentliche Investitionen angeheizt werden würde. Weidmann ließ auch durchblicken, dass weitere Lockerungen der Geldpolitik und weitere Sondermaßnahmen die Konjunktur nicht voranbringen dürfte. Vielleicht überschätze man die Wirksamkeit der Geldpolitik, sagte Weidmann und plädierte für ein etwas langsames Tempo der EZB.

Für IWF-Chefin Lagarde dagegen sind mehr Investitionen geeignet, um die Produktivität zu steigern, was Wirtschaftswachstum erzeuge, die Steuereinnahmen erhöhe und so die Staatshaushalte entlaste. Sie hofft, diejenigen der 188 IWF-Mitgliedsstaaten, die es sich leisten könnten, auf der Jahrestagung von ihrer Auffassung überzeugen zu können. Auch Weltbankchef Jim Yong Kim will ein Infrastrukturprogramm anstoßen. Er will mit Banken, Versicherungen und Pensionskassen über eine globale Initiative für mehr Investitionen in die Infrastruktur der ärmeren Länder sprechen. Solche Investitionen waren zuletzt deutlich gesunken.

Der Mindestlohn wirkt schon, bevor er gilt

Er hat Bewegung in viele Tarifverhandlungen gebracht

WIESBADEN (dpa). Die Einführung des allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns in Deutschland hat bereits für Bewegung in die Tarifwerke einzelner Billiglohnbranchen gebracht, bevor er 2015 in Kraft tritt. Laut einer Zusammenstellung des Statistischen Bundesamtes nutzten verschiedene Tarifpartner zwar die Möglichkeit, mit einem Tarifvertrag für eine Übergangszeit noch unter der Grenze von 8,50 Euro Stundenlohn zu bleiben. Spätestens nach zwei Jahren muss dann aber die unterste Lohnstufe diese Grenze erreicht haben. Weil die Tarifpartner das wissen, wurden zuletzt Vereinbarungen auch in Branchen getroffen, in denen es jahrelang keine Tarifverträge gab.

So erhalten die lange Jahre tariflosen Fleischer im Oktober 2015 eine Lohnuntergrenze von 8,60 Euro. Mitarbeiter in Wäschereien müssen bis zum Juli 2016 warten; dann dürfen sie nicht weniger als 8,75 Euro brutto pro Stunde verdienen. Ähnliche Regelungen wurden für das Friseurhandwerk sowie für Zeitarbeiter und Gebäudereiniger in Ostdeutschland erzielt, die bislang noch unter 8,50 Euro Stundenlohn liegen.

Gescheitert sind hingegen bundesweite Verhandlungen über einen stufenweise ansteigenden Mindestlohn für angestellte Taxifahrer. Diese müssen nun von Jahresbeginn an den gesetzlichen Mindestlohn ausgezahlt bekommen.

Die übrigen Tarifbeschäftigten haben bei Neuabschlüssen in diesem Jahr Einkommenszuwächse von drei Prozent und mehr erreicht. Unter anderem gilt das für das Druckgewerbe (3,0 Prozent ab Mai 2014), die Chemieindustrie (3,7 Prozent mit regionalen Unterschieden) sowie den öffentlichen Dienst des Bundes und der Kommunen (3,0 Prozent ab März 2014).

Mindestlohn für Kicker bei 129 000 Euro im Jahr

MADRID (SID/BZ). Spanische Fußballer in der ersten Profiligen müssen künftig mindestens 129 000 Euro im Jahr verdienen. Darin sind sämtliche Prämien eingerechnet. Der spanische Ligaverband LFP und die einflussreiche Spielergewerkschaft AFE haben sich auf diese Lohnuntergrenze verständigt, wie die beiden Tarifparteien bekannt gaben. Demnach muss ein Spieler in der zweiten Liga mindestens 64 500 Euro im Jahr bekommen. Eine Lohnobergrenze wurde nicht festgelegt.

Amazon eröffnet richtigen Laden

Im Zentrum von Manhattan

NEWYORK (AFP). Der US-Onlinehändler Amazon will laut *Wall Street Journal* in New York sein erstes leibhaftiges Geschäft eröffnen. Wie das Blatt unter Berufung auf informierte Kreise berichtete, soll der Laden seine Pforten pünktlich zum Weihnachtsgeschäft öffnen. Er soll im Zentrum von Manhattan an der 34. Straße liegen, in der Nähe des Empire State Buildings und des Kaufhauses Macy's, die jedes Jahr Millionen Besucher anlocken. In dem Geschäft sollen zum einen Amazon-Produkte wie das Lesegerät Kindle und das Smartphone Fire Phone verkauft werden. Außerdem sollen Kunden Amazons dort ihre online bestellten Waren abholen oder umtauschen können. Der Lagerbestand vor Ort soll aber beschränkt bleiben. Der Zeitung zufolge betrachtet Amazon das Geschäft in New York als Testballon. Sollte es erfolgreich sein, könnten Amazonläden in anderen US-Städten folgen.

Billig telefonieren

ORTSGESPRÄCHE Samstag/Sonntag

Zeit	Anbieter	Kennzahl	Ct./Min.
0-7	Arcor	01070	0,39
	Tele2	01013	0,72
7-19	tellmio	01038	0,98
	Star79	01079	1,49
19-24	Tele2	01013	0,72
	Arcor	01070	0,75

FERNGESPRÄCHE Samstag/Sonntag

Zeit	Anbieter	Kennzahl	Ct./Min.
0-7	Arcor	01070	0,39
	Tele2	01013	0,55
7-19	01020	01020	0,75
	010033	010033	0,99
19-24	Tele2	01013	0,55
	Arcor	01070	0,75

* In der Tabelle sind nur Anbieter berücksichtigt, deren Netzkapazitäten nicht ständig überlastet sind und deren Preisgestaltung einigermaßen transparent und verlässlich ist.

Alle Angaben ohne Gewähr!

QUELLE: BZ/SACHS STAND 10. 10. 2014 BZ-GRAFIK